



Nach einem siebenstündigen Flug kommen diese abgeschobenen Flüchtlinge in Kabul an. Foto: dpa

Sicheres Herkunftsland?

Die Polizei kommt am 23. Januar um sechs Uhr morgens in das Asylbewerberheim in Strullendorf. Ohne Ankündigung, zu viert, anders lässt sich so eine Abschiebung nach Afghanistan gar nicht umsetzen. Dem 23-jährigen Atiqullah Akbari wird Zeit gegeben, zwei kleine Rucksäcke mit Kleidung vollzustopfen und die Frau anzurufen, die er bis heute seine „deutsche Mutter“ nennt. Uschi Josat ist zehn Minuten später vor Ort. Es reicht für eine Umarmung und einen tränenreichen Abschied. Dann wird er abgeführt.

Warum gerade er zurück muss, will Akbari von den Polizisten wissen. Nach anderthalb Jahren in Deutschland habe er die Sprache gelernt, sich im Ort integriert und einen Ausbildungsplatz gefunden. Er verstehe nicht, was er falsch gemacht habe. Die Beamten sagen ihm, alles was sie wüssten, sei, dass sein Asylantrag abgelehnt wurde.

Während die vier Polizisten Akbari in die nahegelegene JVA Bamberg fahren, nimmt Josat Kontakt mit einer Anwältin auf. Sie kann nichts ausrichten. In der JVA werden fünf Afghanen aus der Region gesammelt. Einer schneidet sich die Pulsadern auf, der Rest wird in einen Bus zum Frankfurter Flughafen gesetzt. Akbari kann weder essen noch trinken.

Um 20:45 Uhr hebt das Flugzeug ab. An Bord 25 afghanische Männer aus Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Rheinland-Pfalz, darunter sieben Straftäter. Um 7:10 Uhr morgens Ortszeit landet die Maschine in Kabul. Für Deutschland ist die Sache damit erledigt. Für Akbari beginnt eine Zeit der Unsicherheit, der Angst und Verzweiflung. Ohne Geld, ohne Arbeit, ohne Kontakte sitzt er in einer angeblich sicheren Stadt, in der seit seiner Ankunft drei Anschläge verübt worden sind. In die Nähe einer dieser Anschläge gerät Akbari Anfang Februar. Die Bombensplitter hinterlassen ihre Spuren an Stirn und Nase.

Bundesinnenminister Thomas De Maizière hält das Land für „hinreichend sicher“, Abschiebungen nach Afghanistan sollten „verantwortungsvoll“ durchgeführt werden. Seit Dezember sind 77 Afghanen zurück in ihre Heimat geflogen

Am Abend telefonieren wir, so lange bis er ruhiger wird. Dann weiß ich, er kann einschlafen.

Uschi Josat

Patin eines abgeschobenen Afghanen

worden. Doch ob das Land tatsächlich sicher ist, daran hegen selbst einige der zuständigen Bundesländer Zweifel.

Schleswig-Holstein hat einen Rückführungsstopp verhängt. Rheinland-Pfalz schiebt nur Straftäter ab. Sachsen würde abschieben, tut sich bei nur 263 ausreisepflichtigen Afghanen schwer, passende Kandidaten zu finden. Bayern und Baden-Württemberg schieben am umfas-

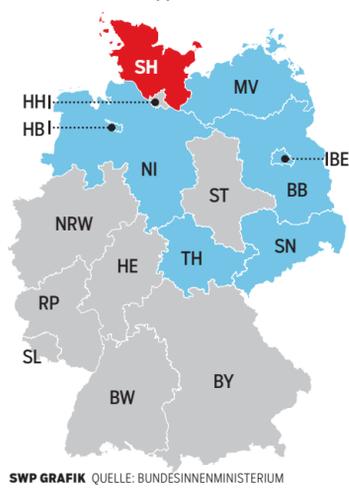
Asyl Seit Dezember sind 77 afghanische Asylbewerber abgeschoben worden. Knapp 12 000 müssen damit rechnen, dass es ihnen ebenso ergeht. Zwei junge Männer, der eine bereits in Kabul, der andere im bayerischen Kirchenasyl, erzählen. Von Thomas Block

Abschiebestopp nur in Schleswig-Holstein

Haben sich seit Dezember an Sammelabschiebungen nach Afghanistan beteiligt

Haben sich **nicht** an Sammelabschiebungen nach Afghanistan beteiligt

Abschiebestopp



sendsten ab. In Niedersachsen und NRW werden die Zweifel immer lauter.

Man erreicht Akbari über WhatsApp. Er spricht schnell und atemlos. Seit zwei Wochen geht er regelmäßig ins Krankenhaus, er fühle sich schwach und krank. „Ich habe in ganz Afghanistan niemanden“, sagt er. „Weder die deutsche noch die afghanische Regierung hilft mir.“ Im Gasthaus der Internationalen Organisation für Migration konnte er aufgrund seiner Verletzung etwas länger bleiben. Doch nach vier Wochen war Schluss. Seitdem ist er auf der Suche nach einer Unterkunft. Die 20 Euro Begrüßungsgeld sind aufgebraucht, mehr gibt es erst, wenn er einen Mietvertrag hat. Arbeit hat er nicht in Aussicht, Akbari wird auf der Straße leben müssen.

In seiner Heimatstadt Herat hat er für die Organisation für Friedenstraining und -forschung gearbeitet – bis er bedroht wurde. Unbekannte Männer kündigten an, erst seine Familie und dann ihn zu töten. Akbari floh nach Deutschland, seine Familie etwas später in die Türkei. „Mein früherer Chef hat mich an-



Uschi Josat hält engen Kontakt zu Akbari, der jetzt in Kabul ist. Foto: tock



Akbari wurde nach der Abschiebung bei einem Anschlag verwundet. Foto: privat



In Afghanistan wurde Hasibs Familie Opfer von Gewalt. Foto: tock

gerufen und gesagt: Akbari, komm auf gar keinen Fall nach Herat.“ Eine Rückkehr dorthin? Ausgeschlossen. Wie es weitergeht? Keine Ahnung. „Ich muss in Kabul bleiben. Kein Problem“, sagt Akbari und schweigt dann lange. „Ich weiß nicht, warum ich das immer sage. Ich habe so viele Probleme.“

Trost sucht er vor allem bei seiner deutschen Ersatzfamilie. „Am Abend telefonieren wir eine, manchmal zwei Stunden. So lange bis er ruhiger wird. Dann weiß ich, er kann einschlafen“, sagt Uschi Josat. Seit Akbaris Abschiebung ist sie ständig in Bewegung. Sie hat Bundestagsabgeordnete kontaktiert, war beim Landratsamt, sorgt dafür, dass der zugesagte Ausbildungsplatz im Altenheim nicht verloren geht. „Ich hätte nie gedacht, dass ich zu so etwas in der Lage bin.“ Akbaris Abschiebung hält sie für eine himmel-schreiende Ungerechtigkeit.

„Da werden Menschen ins totale Elend abgeschoben“, sagt auch Seán McGinley vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. „Da sind auch viele Leute dabei, die schon sehr lange in Deutschland leben,

die arbeiten, die verfolgten Minderheiten angehören.“ Dass die grün-schwarze Landesregierung jetzt beschlossen hat, jeden Einzelfall gründlich zu prüfen, hält er für eine Farce. „Das haben sie auch vorher schon behauptet.“

McGinley geht vielmehr davon aus, dass man das Signal senden wolle, dass prinzipiell jeder Afghane abgeschoben werden könne, um so die Zahl der freiwilligen Rückreisen zu erhöhen. Letztlich treibe man die Flüchtlinge so systematisch in die Verzweiflung.

Als Kind zum ersten Mal geflüchtet

Hasib Afzali Verzweiflung äußert sich darin, dass er seit einigen Monaten immer ein Messer mit sich trägt. Nicht, um andere zu verletzen, sondern um sein junges Leben beenden zu können, falls auch er mal in einem Abschiebe-Flugzeug sitzen sollte. „Ich möchte lieber tot sein als zurück in Afghanistan.“

Auch Hasib spricht schnell und atemlos. Für das Treffen im Pfarrhaus im bayerischen Haßfurt, wo ihm seit Dezember Kirchenasyl gewährt wird, hat er Kuchen gebacken und Tee gemacht. Er erzählt, wie sein Onkel ermordet wurde, als er zwölf Jahre alt war. Wie seine Eltern ihn kurz darauf wegschickten, weil alle jungen männlichen Familienmitglieder in Gefahr gewesen seien. Wie er erst in den Iran floh und dort ein halbes Jahr in Abschiebehafte saß. Wie die Familie nach seiner Rückkehr nach Kabul zog und dort kurz darauf wieder brutal angegriffen wurde. Wie er im Alter von 14 Jahren ein zweites Mal in den Iran floh, um dort das Geld für die Schlepper zu verdienen. Wie er im Alter von 16 Jahren mit 42 anderen Flüchtlingen auf einem Schlauchboot nach Griechenland kam. Wie er Monate später endlich in Deutschland war und auf der Fahrt vom Münchener Flughafen zum Asylbewerberheim in Neuburg an der Donau zum ersten Mal ruhig schlafen konnte.

Seither sind sechs Jahre vergangen. Hasib hat in dieser Zeit Deutsch gelernt, eine Arbeit als Sortierer und Baggerfahrer gefunden, sich einen Freundeskreis aufgebaut und das Fundament für das gelegt, was er „ein normales Leben“ nennt. Als seine Duldung plötzlich nicht mehr verlängert wurde, bekam Hasib es mit der Angst zu tun und packte zum ersten Mal das Messer ein. Mit seinen 22 Jahren bekam er eine Gürtelrose. Im Dezember dann der Anruf aus dem Asylbewerberheim: „Die Polizei sucht nach Dir.“ Und Hasib ging ins Kirchenasyl.

„Ich muss wieder mit Angst schlafen gehen“, sagt Hasib. Er versteht nicht, wieso gerade er zurück soll. Und wie irgendjemand auf die Idee kommen kann, dass es in Afghanistan sicher ist. Auf seinem Handy findet er eine Aufnahme seiner männlichen Verwandten – alle mit Kalaschnikow. „In Afghanistan hätte ich ein Täter werden müssen“, sagt er. Hasib senkt seinen Kopf und kämpft mit den Tränen. „Wenn es in Afghanistan so sicher ist, was habe ich dann sieben Jahre lang gemacht? Wieso habe ich seit sieben Jahren meine Familie nicht mehr gesehen? Wieso tue ich mir das an?“

Interview

„Gefahren ändern sich permanent“

Die Lage am Hindukusch verschlechtert sich seit Jahren und fordert immer mehr zivile Opfer, sagt Nicole Birtsch, Afghanistan-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik. Wo es heute relativ sicher scheint, kann morgen schon gekämpft werden.

Frau Birtsch, auf der Homepage des Auswärtigen Amtes heißt es: „In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden.“ Vor einem Aufenthalt wird dringend gewarnt. Können Sie nachvollziehen, dass Innenminister De Maizière Abschiebungen dorthin gutheißt?

Nicole Birtsch: Ich halte diese Argumentation für sehr problematisch. Die Gefahrenlage verändert sich permanent. Wo es heute relativ sicher scheint, kann morgen schon gekämpft werden. Die Verhältnisse in Afghanistan sind alles andere als stabil. Außerdem ist es schwierig, Menschen in ihnen fremde Regionen oder Städte zurückzuschicken, wenn sie dort keine sozialen Netzwerke, keine Familie und keine Arbeit haben, also völlig isoliert sind.

Was kann in solchen Fällen passieren?

Ohne Familie und Kontakte ist es schwierig, ein Einkommen zu finden. Das kann auch dazu führen, dass Rückkehrer ohne soziales Netz anfällig sind für Drogen, kriminelle Organisationen und Radikalisierung. Trotz der finanziellen Unterstützung aus Deutschland fehlen in Afghanistan ausreichend Mittel, um sich dieser Rückkehr anzunehmen. Das Land ist mit seinen mehr als einer Million Binnenflüchtlings schon jetzt völlig überfordert.

Einige Bundesländer weigern sich abzuschicken, weil die Sicherheitslage nicht hinreichend geklärt sei.

Es ist sogar so, dass sich die Lage verschlechtert hat. Seit 2009 gibt die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, UNAMA, jährliche Berichte über zivile Opfer des Konflikts heraus. Seither hat sich deren Zahl stetig erhöht – 2016 lag sie bei 7920 Verletzten und 3498 Toten.

Von wem geht die größte Gefahr aus?

Da sind zunächst die Taliban. Sie haben seit 2001 noch nie so viele Distrikte kontrolliert wie zur Zeit. Entsprechend verliert die afghanische Regierung an Einfluss. US-Befehlshaber General Nicholson hat unlängst von einem Patt zwischen den Taliban und den Sicherheitskräften gesprochen und betont, dass dieses Patt zu Gunsten der Taliban zu kippen drohe. Insofern kann man davon ausgehen: Wer vor den Taliban geflüchtet ist und zurück ins Land kommt, den finden sie auch wieder.

Welche Rolle spielt der IS?

Er ist seit wenigen Jahren in Afghanistan präsent. Seine Angriffe wenden sich vor allem gegen die Schiiten im Land. Die Entführung und Ermordung mehrerer Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes gehen vermutlich auch auf sein Konto. Gewalt wird aber auch von den regierungsnahen Milizen ausgeübt.

Wird sich das in naher Zukunft ändern?

Weder für die Sicherheitslage noch für die soziale Lage ist derzeit eine Besserung in Sicht. Der Konflikt dürfte nur auf politischem Weg in Verhandlungen mit den Taliban zu lösen sein. Dafür müssten sich die Regierung und die Eliten des Landes einig sein, dass sie das auch wollen, ebenso die Taliban. Und die Nachbarländer müssten diesen Schritt ohne Einmischung zulassen. Bis dahin aber ist es noch ein weiter Weg. Antje Berg



Nicole Birtsch: Wer vor den Taliban geflüchtet ist und zurückkommt, den finden sie auch wieder. Foto: swp